

sozialdemokratischer SPD pressediens

P/XXVIII/44
2. März 1973

Unser Problem: Die Gastarbeiter

Erfolgversprechendes Konzept des Bundesarbeits-
ministeriums

Seite 1 bis 3 / 104 Zeilen

Distanzierung von einer Herausforderung

Klarstellung zu einem Juso-Artikel über Außen-
politik

Von Dr. Peter Corterier MdB und Peter Würtz MdB

Seite 4 / 41 Zeilen

Rettungswesen muß noch besser werden

Regierungsbericht wird in Kürze vorgelegt
werden

Von Horst Seefeld MdB
Stellv. Mitglied des Verkehrsausschusses des
Bundestages

Seite 5 und 6 / 74 Zeilen

Unser Problem: Die Gastarbeiter

Erfolgversprechendes Konzept des Bundesarbeitsministeriums

Nach CDU-internen Berichten sind die Mitglieder des Landesparteiausschusses der CDU Rheinland-Pfalz zu dem Ergebnis gekommen, daß auch die CDU zu einer "Überwindung der einseitigen Betrachtung des Gastarbeiterproblems vornehmlich unter dem Gesichtspunkt des Arbeitsmarktes beitragen" müsse. Leider ist zu befürchten, daß von dieser Partei noch nicht all zu viel Mithilfe zu erwarten ist, denn sie beschränkt sich vorzugsweise darauf, Kritik an der Bundesregierung zu üben und ihr vorzuwerfen, sie habe nicht das geringste Konzept. Dieser Vorwurf läßt zumindest eine beachtliche Informationslücke deutlich werden.

So hätte doch bekannt sein müssen, daß das Bundesarbeitsministerium bereits am 25. Februar 1970 eine umfangreiche Ausarbeitung von Grundsätzen zur Eingliederung ausländischer Arbeitnehmer vorgelegt hatte. Ausgangspunkt dabei war gewesen, daß soziale, menschliche und wirtschaftliche Gründe eine alsbaldige Eingliederung ausländischer Arbeitnehmer in Gesellschaft und Arbeitswelt der Bundesrepublik erfordern. Die Hilfen sollen dabei frühzeitig einsetzen, also möglichst bereits im Heimatstaat. Dabei sollen die ausländischen Arbeitnehmer befähigt werden, die ihnen eingeräumte rechtliche Gleichstellung wahrzunehmen, ausreichenden Wohnraum zu erhalten und sich beruflich in der Bundesrepublik fortbilden zu können.

Diese Eingliederungsgrundsätze sind nicht Papier geblieben. Im einzelnen ist es bereits zu einem umfangreichen Maßnahmenkatalog gekommen. So sind im weiteren Verlauf in die Vorunterrichtung ausländischer Arbeitnehmer über die Arbeits- und Lebensbedingungen in der Bundesrepublik verstärkt auch die Frage des Arbeitsschutzes und die Gefahren des Straßenverkehrs aufgenommen worden. Erste Sprachkurse wurden bereits im Ausland durchgeführt. Berufliche

Anlernmaßnahmen werden in Italien und Jugoslawien praktiziert. Vom Bundesarbeitsministerium wurde eine Informationsschrift in den wichtigsten Sprachen der Gastarbeiter herausgegeben, die besonders über Einzelheiten auf arbeits- und sozialrechtlichem Gebiet informiert. Das Betriebsverfassungsgesetz, das mit dem Wahlrecht auch für ausländische Arbeitnehmer für viele Länder vorbildlich die volle Eingliederung postuliert, wird zurzeit in die Hauptsprachen der ausländischen Arbeitnehmer übersetzt und v.a.m.

Die Gleichstellung im Sozial- und Arbeitsrecht ist für die ausländischen Arbeitnehmer weitgehend vollzogen. Anders sieht es aus, wenn man sich die schulische Betreuung oder die Wohnverhältnisse ansieht. Daß hier noch vieles äußerst unbefriedigend ist, ist inzwischen Allgemeingut kritischer Bestandsaufnahme geworden. Mehr oder weniger gut gemeinte Ratschläge werden von vielen Seiten vorgetragen. So hat etwa das Bundesland Bayern Vorschläge unterbreitet, die in der Tendenz auf die Anwendung des sogenannten Rotationsprinzips hinauslaufen, d.h. des menschlich und ökonomisch äußerst fragwürdigen Konzepts, ausländische Arbeitnehmer nach einer bestimmten Aufenthaltsdauer in der Bundesrepublik des Landes zu verweisen. Das allerdings betrachtet auch die CDU von Rheinland-Pfalz kritisch. Sie sollte allerdings dann deutlich machen, daß sie bei ihren bayerischen Parteifreunden darauf dringen wird, von den dahingehenden Vorschlägen anzulassen. Schließlich ist es nicht die Bundesregierung, sondern die CSU und deren Innenminister, die sich der Kritik der rheinland-pfälzischen CDU stellen müssen.

Seit Jahren wächst die Zahl der ausländischen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland. Zurzeit sind es fast 2,5 Millionen, die bei uns arbeiten und zu unserem wachsenden Wohlstand beitragen. Die Schattenseiten dieser Art von "Arbeitsteilung" innerhalb Europas werden immer deutlicher. Ganze Landstriche im Süden und Südosten Europas werden zunehmend entvölkert, während in der Bundesrepublik oder in Holland weder genügend Wohnraum noch Schulen für die Kinder der zuziehenden Ausländer zur Verfügung stehen. Im Gegensatz zum Kapitalimport oder -export ist der Mensch, das wird immer deutlicher, eben kein beliebig zu verschiebender

Produktionsfaktor, über dessen Einsatz nach betriebswirtschaftlicher Grenzkostentheorie verfügt werden kann. Es wird auch immer deutlicher, daß wir eine langfristige Perspektive für die zukünftige Beschäftigungspolitik in ganz Europa entwickeln müssen. Das ist nicht nur altruistisch gemeint, es geht nicht nur um das Interesse der ausländischen Arbeitnehmer an einem menschenwürdigen Leben, es geht auch um eine sinnvolle Struktur des deutschen Arbeitsmarktes.

Im Hinblick auf die weitere Entwicklung wird im Bundesarbeitsministerium die Diskussion mit den Gewerkschaften, den Arbeitgebern, den Innenministern der Länder und den Behörden der Kommunen intensiviert. Besonders wird es in Zukunft darauf ankommen, daß die Zusammenhänge zwischen Industrialisierung und Beschäftigungspolitik neu überdacht und dabei die Aufnahmefähigkeit eines Landes auch unter sozialen Gesichtspunkten und im Hinblick auf die Infrastruktur überprüft werden. So ist z.B. die Qualität des Lebens in den Ballungsgebieten nicht nur davon abhängig, wie gut der Umweltschutz funktioniert und wieviel Industriezusammenballung tragbar ist. Es ist auch zu überlegen, ob nicht Grenzen der Menschensammenballung gegeben sind.

Das ist natürlich kein deutsches Problem allein. So wie es innerhalb der Bundesrepublik darum geht, Ballungsgebiete und ballungsschwache Gebiete aneinander anzugleichen und Infrastruktur und Raumordnung auf eine Entzerrung hin anzulegen, so wird man sich auch innerhalb der Europäischen Gemeinschaft damit beschäftigen müssen, das Ungleichgewicht zwischen den hochindustrialisierten Zentren und den wirtschaftlich daniederliegenden europäischen Randgebieten einmal ernsthaft zu überdenken.

Auch unter diesem Gesichtspunkt ist die deutsche Initiative zur Sozialpolitik im Rahmen der Gipfelkonferenz in Paris zu sehen: Europäische Beschäftigungspolitik wird möglich werden, wenn wir den Regionalfonds um weitere Instrumente bereichern. So wichtig kurzfristige Maßnahmen sein mögen, das Problem der ausländischen Arbeitnehmer mit all seinen menschlichen Konsequenzen kann nur gelöst werden, wenn der Mensch wieder stärker dort seine Arbeit findet, wo er nach Herkunft, Sprache und Kultur eine ihm vertraute Umwelt findet.

Von allen diesen Perspektiven ist bei der CDU nicht die Rede. Man muß den Eindruck gewinnen, daß diese Partei den Ereignissen hinterherhinkt.

Wolfgang Heitmann
(-/ 2.3.1973/ks/ex)

+ + +

Distanzierung von einer Herausforderung

Klarstellung zu einem Juso-Artikel über Außenpolitik

Von Dr. Peter Corterier MdB und Peter Würtz MdB

Die Jungsozialisten haben in der neuesten Ausgabe ihrer Zeitschrift "Juso" einen Beitrag mit dem Titel "Außenpolitische Perspektiven" veröffentlicht, der als zentraler Angriff auf die gesamte Außen- und Sicherheitspolitik der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung, aber auch auf die internationale Position der SPD angesehen werden muß. Die in dem Artikel geforderte Politik zielt auf die Lösung der Bundesrepublik aus der NATO und den Abzug der Amerikaner aus Europa. Diese Forderung, die sogar weit über aktuelle sowjetische Forderungen hinausgeht, wird garniert mit einer Fülle zügelloser Attacken gegen die Vereinigten Staaten. Daneben wird auch die Notwendigkeit der Bundeswehr in Frage gestellt und die Bundeswehr als "Bürgerkriegswaffe" verdächtigt.

Dieser Artikel liefert allen, die den Sozialdemokraten das außen- und gesellschaftspolitische Arrangement mit Moskau andichten wollen, die denkbar beste Munition. Leider handelt es sich dabei nicht um eine individuelle Meinungsäußerung eines Jungsozialisten, denn aus dem Vorspann der Redaktion geht eindeutig die Vorstellung hervor, daß bei den Jungsozialisten nicht mehr über das "Ob", sondern nur noch über das "Wie" der "Befreiung" der Bundesrepublik aus "den Zwängen des NATO-Bündnisses" diskutiert werden soll.

Bemerkenswert ist weiterhin, daß in dem Artikel nicht nur unbesenen leninistische, z.T. sogar stalinistische Imperialismustheorien übernommen werden, sondern auch durch Rückgriff auf historische Zitate der Boden für eine generelle Zusammenarbeit mit den Kommunisten auf internationaler und nationaler Ebene vorbereitet werden soll.

Die Aussagen und die Bedeutung dieser außenpolitischen Offensive im offiziellen Organ der Jungsozialisten machen es notwendig, unseren Wählern und unseren Verbündeten im Westen ganz klar zu sagen, daß dies nicht die Position der Sozialdemokraten ist. Nach der Überzeugung der SPD bleibt die enge Zusammenarbeit und Freundschaft mit unseren Verbündeten, vor allem mit den Vereinigten Staaten, jetzt und in Zukunft das feste Fundament unserer Außen- und Sicherheitspolitik. Die Öffentlichkeit hat ein Recht darauf zu wissen, daß eine Politik, die Entspannung ohne Sicherheit will und keine Grenzen mehr gegenüber kommunistischen Theorien und Vorstellungen zieht, selbst innerhalb der großen Bandbreite innerparteilicher Diskussion bei der SPD keinen legitimen Standort mehr hat.

Die Größe der Herausforderung, die in dem Artikel enthalten ist, macht unserer Ansicht nach eine Reaktion der Führungsgremien der SPD erforderlich.

(-/2.3.1973/ks/ex)

Rettungswesen muß noch besser werden

Regierungsbericht wird in Kürze vorgelegt werden

Von Horst Seefeld MdB

Stellv. Mitglied des Verkehrsausschusses des Bundestages

Der Teilbereich "Verkehrssicherheit" ist innerhalb der deutschen Verkehrspolitik bisher - und so wird es, wie ich hoffe, auch in der Zukunft sein - nicht Gegenstand von parteipolitischer Polemik gewesen. Unfallrettung, richtiger gesagt Notfallrettung, muß in unserem Staat in stärkerem Maße als je zuvor betrieben, immer weiter verbessert und so ausgebaut werden, daß jeder Mitbürger wissen darf: Im Falle einer Notfallsituation steht ein funktionierendes System aller erdenklichen und verfügbaren menschlichen und technischen Hilfsmöglichkeiten bereit, um Menschenleben retten zu helfen.

In diesem Zusammenhang ist dem Bundeskanzler zu danken, daß er diese Thematik in seine Regierungserklärung vom 18. Januar einbezogen hat. Willy Brandt sieht eine Aufgabe seiner Regierung bekanntlich in der Bewährung im Alltag. So wurde zum ersten Mal in einer Regierungserklärung die Forderung nach einem leistungsfähigen Rettungswesen angesprochen. Brandt sagte wörtlich: "Die erschreckende Zahl der Verkehrstoten und -verletzten macht es notwendig, daß wir ein noch leistungsfähigeres Rettungswesen aufbauen."

Die Tatsache, daß ein Bundeskanzler bei den Absichten seiner Regierung eine Aufgabe anspricht, die zweifellos jahrelang vernachlässigt, in den letzten Jahren jedoch verstärkt gesehen und mit ersten Anfängen in die Wege geleitet wurde, ist erfreulich. Erfreulich deshalb, weil dem Bund ja nur bedingt Kompetenzen zustehen. Von nun an darf sich niemand mehr dahinter verschanzen, daß es ausschließlich Ländersache sei, wie sich das Rettungswesen entwickelt. Im übrigen ist niemand, der in eine Notfallsituation kommt, geholfen, wenn man ihm sagt, "es tut uns leid, Technik und Medizin sind in der Lage, Sie zu retten, aber Kompetenz-

verteilungen zwischen Bund und Ländern und mangelhafte Zusammenarbeit zwischen Verbänden und Organisationen und fehlende Geldmittel verhindern Ihre Rettung".

Es gibt inzwischen gute Ansätze, die in dieser Legislaturperiode vervollständigt und weiterentwickelt werden müssen. So ist die Lage: Der Bundestag hatte am 2. Dezember 1971 in seiner 154. Sitzung einmütig beschlossen, der Bundesregierung Aufträge bezüglich der Verbesserung des Rettungswesens zu erteilen und diese ersucht, am 1. Oktober 1972 einen Bericht darüber vorzulegen. Das wäre auch geschehen, wenn der VI. Bundestag zu diesem Zeitpunkt nicht aufgelöst gewesen wäre. Der Bericht kann jetzt in Kürze vorgelegt werden. Von damals bis heute ist - insofern darf ich dem Bericht sicherlich schon vorgreifen - einiges geschehen.

Die Bundesländer und der Bund arbeiten enger als früher in diesem Bereich zusammen. Darüber hinaus sind auch die Organisationen, die bisher schon im Rettungswesen tätig waren, in die Arbeit verantwortlich einbezogen worden. Damit wurden die Voraussetzungen für die lange fehlende Koordination und ein Miteinander anstelle des früher oft zu beobachtenden Gegeneinanders geschaffen. Die Organisationen, die das Rettungswesen tragen und ganz besonders einzelne Bundesländer haben ihre Anstrengungen, auch im Hinblick auf finanzielle und organisatorische Bemühungen und Lösungen, verstärkt. Der Bund/Länderausschuß "Rettungswesen" hat ein Muster für Landesgesetze erarbeitet und den Bundesländern als Modell zugeleitet. Wenn der dort gefundene Rahmen überall in den Bundesländern Gesetz wird, sind wir der von uns allen vertretenen Forderung nach einem einheitlichen Rettungssystem in Deutschland erheblich näher gekommen. Nur sollte klar gesehen werden, daß der Erfolg einer solchen Einheitlichkeit in großem Maße von der Finanzkraft jedes Bundeslandes und der Bereitwilligkeit der Landtage, die erforderlichen Ausgaben zu billigen, abhängt.

Entscheidend ist auch hier - wie so oft - das Bereitstellen der benötigten Mittel. Artikel 104 a des Grundgesetzes regelt die Finanzverantwortlichkeit zwischen Bund und Ländern und damit auch, daß die Finanzverantwortung für diesen wichtigen Bereich bei den Ländern liegt. Trotzdem darf der Bund daraus keine Zuständigkeitsanfrage machen. Die klaren Worte des Bundeskanzlers werden in der jetzigen Legislaturperiode hilfreich sein.

Die Bundesregierung will den Kampf gegen den Unfalftod aufnehmen und die dazu erforderlichen Maßnahmen nicht anderen überlassen, sondern sieht das - wie geschehen - als Aufgabe dieser Regierung an.

(-/2.3.1973/bgy/ex)